



Nr. 40

11. November 2015

Inhalt

[Benra zu Laufbahnrecht: Perspektiven über das ganze Berufsleben hinweg sichern+++](#)

[dbb Chef auf Bundestagung der CDA: Öffentlicher Dienst braucht schnelle Personalverstärkung+++](#)

[Präsident des Bundespolizeipräsidiums: Wir schalten auf positiven Krisenmodus+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Thüringer Beamtenbund fragt: Wie viel Staat wollen wir uns leisten?+++](#)

[Mehr Mittel, zügige Verfahren – dbb rheinland-pfalz zur Flüchtlingskrise+++](#)

[dbb berlin begrüßt Pläne zur Besoldungsanpassung+++](#)

[dbb mecklenburg-vorpommern kritisiert verfassungswidrige Altersgrenze++](#)

[Flüchtlingspolitik: VBOB fordert Ende der politischen „Springprozession“+++](#)

[DPolG hat „gedämpfte Erwartungen“ nach Kompromiss zur Flüchtlingskrise+++](#)

[DPhV bekennt sich uneingeschränkt zur Willkommenskultur+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Benra zu Laufbahnrecht: Perspektiven über das ganze Berufsleben hinweg sichern

(dbb) „Für den dbb war und ist es wichtig, über die gesamte berufliche Zeit Perspektiven für eine Weiterentwicklung zu erhalten.“ Das unterstreicht der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, in einem Gastbeitrag für den „Behörden Spiegel“ (Ausgabe November 2015) zum Thema Bundeslaufbahnverordnung.

„Das entspricht nicht zuletzt den demografischen Erfordernissen: Wir können es uns in der öffentlichen Verwaltung schlicht nicht leisten, auf Wissen, Erfahrung und Motivation der älteren Beschäftigten zu verzichten. Dazu gehören auch Fortkommensmöglichkeiten, die stärker praxisorientiert sind und nicht im Ergebnis das Durchlaufen eines Bachelor- oder Masterstudienganges voraussetzen“, so Benra. Der dbb Vize verweist auf ein Modernisierungskonzept, das der dbb mit seinen Bundesbeamtengewerkschaften vorgeschlagen hat,

„mit dem das Laufbahnsystem und die fachliche Kompetenz in den Laufbahngruppen erhalten bleiben, das gesamte System gleichzeitig aber durchlässiger wird“.

Sinnvoll erscheine dem dbb darüber hinaus die generelle Möglichkeit einer fachspezifischen Qualifizierung anstelle des bisherigen Praxisaufstiegs. Er hoffe und gehe davon aus, dass hier im Bundesbereich noch eine konstruktive Lösung gefunden wird, schreibt Benra. (01/40/15)

dbb Chef auf Bundestagung der CDA: Öffentlicher Dienst braucht schnelle Personalverstärkung

(dbb) Auf dringend notwendige Maßnahmen im öffentlichen Dienst, dessen Leistungsfähigkeit mit der Flüchtlingsbewegung auf eine harte Probe gestellt wird, hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt erneut hingewiesen. Auf der 36. Bundestagung der CDA (Sozialausschüsse der CDU) am 7. November 2015 in Berlin würdigte Dauderstädt in seinem Grußwort die enorme Bereitschaft der Menschen zu ehrenamtlichem Einsatz und zur Investition von Arbeitszeit.

„Wir haben aber Sorge vor Überforderung der Kolleginnen und Kollegen und vor einer Vernachlässigung originärer Aufgaben“, machte Dauderstädt deutlich. Schnelle Personalverstärkungen seien dringend erforderlich, ohne den Standard unangemessen abzusenken. Fremdenfeindlichkeit dürfe nicht zugelassen werden. „Wir brauchen geordnete Zugänge statt Zäunen“, sagte Dauderstädt. Es müsse Unterstützung für eine effektive Registrierung der Ankommenden, eine Trennung von Asylberechtigten und Abzuschiebenden und eine

ordentliche Verteilung in ganz Europa geben. „Zudem muss jetzt die Planung der Integrationsphase in Angriff genommen werden“, betonte der dbb Chef.

Die 36. Bundestagung (7./8. November 2015) der CDA, die innerhalb der CDU die Interessen der Arbeitnehmer vertritt, stand unter dem Motto „nachhaltig christlich-sozial“. Die Delegierten beschlossen unter anderem ein neues Grundsatzprogramm. (02/40/15)

Präsident des Bundespolizeipräsidiums: Wir schalten auf positiven Krisenmodus

(dbb) Die Bundespolizei steht angesichts des anhaltenden Zustroms von Flüchtlingen und Asylsuchenden „vor einer ihrer größten Herausforderungen“. Das sagte Dieter Romann, Präsident des Bundespolizeipräsidiums, dem „dbb magazin“ (Ausgabe November 2015). „Nicht nur unsere Aus- und Fortbildungsorganisation, sondern die gesamte Bundespolizei wird alles dafür tun, in den nächsten drei Jahren 3.000 zusätzliche Einstellungen vorzu-

nehmen und die entsprechende Ausbildung sicherzustellen. Wir schalten auf positiven Krisenmodus, auch in diesem Bereich“, so Romann.

Die Frage, ob der unkontrollierte Zuzug Gefahren für die innere Sicherheit berge, bejahte Romann: „Einige Anrainer- und Mitgliedstaaten entlang der Balkanroute organisieren Schengen- und Dublin-widrig täglich den friktionsfreien tausendfachen Transit der Migranten bis an unsere Südgrenze. Hierdurch ist die Bundesrepublik faktisch zu einem Außengrenzstaat mutiert, allerdings rechtlich ausgestattet nur mit den Schengen- und Dublin-bedingten Instrumenten eines Binnenlandes.“ Im Ergebnis sei Deutschland derzeit – neben dem Zustrom aus Syrien und Irak – auch mit einer hohen Zahl irregulär einreisender Drittstaatsangehöriger aus anderen Regionen wie etwa dem Westbalkan, Afghanistan, Pakistan, Eritrea sowie aus vielen Ländern Afrikas konfrontiert. Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der

Länder erhalten in diesem Zusammenhang auch Hinweise auf Personen, die in Verbindung zu militanten Gruppen in Krisenregionen gestanden oder für diese gekämpft haben sollen. Diesen Hinweisen gehen Polizei und Verfassungsschutzbehörden in jedem Einzelfall unverzüglich und umfassend nach“, versicherte Romann.

Zur Unterstützung durch 320 Beamtinnen und Beamte aus der Zollverwaltung, die je zur Hälfte im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und bei der Bundespolizei eingesetzt sind, sagte Romann: „Dort leisten sie wertvolle Arbeit.“ Er sei den Kolleginnen und Kollegen des Zolls „ausdrücklich sehr dankbar“.

(03/40/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringer Beamtenbund fragt: Wie viel Staat wollen wir uns leisten?

(dbb) Die Zukunft des öffentlichen Dienstes in Thüringen war Thema eines Symposiums, zu der der Thüringer Beamtenbund tbb am 3. November 2015 unter dem Motto „Wie viel Staat wollen wir uns leisten?“ eingeladen hatte.

Thüringen steht vor zahlreichen Herausforderungen, machte tbb Landesvorsitzender Helmut Liebermann eingangs deutlich. Ein starker Staat sei unabdingbar, wolle man die aktuellen und künftigen Aufgaben bewältigen. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse sowie die Begrenzungen der Thüringer Landeshaushaltsordnung zu den Personalausgaben machten aber Vorgaben, die den Entscheidungs- und Veränderungsspielraum extrem einschränken. „Wie kann es aber gelingen, den Spagat aus Aufgabenzuwachs einerseits und Einnahmesituation andererseits zu bewältigen?“, fragte Liebermann. Der tbb hatte gefordert, angesichts der aktuellen Gegebenheiten den bisher beschlossenen Personalabbau zu stoppen. Doch Liebermann räumte auch ein, dass Neuverschuldung auch keine Lösung sei. Er regte an, nicht länger allein die Ausgabeseite der Landesfinanzen zu betrachten, sondern sich beim Bund für eine Verbesserung der Einnahmeseite einzusetzen.

Ministerpräsident Bodo Ramelow äußerte in seinem Impulsreferat Verständnis für die tbb-Forderung, „doch wenn wir umschalten von einem Stellenabbau zu einem –zuwachs, dann brauchen wir auch einen Zuwachs an Einwohnern und Wirtschaftsleistung“. Denn trotz eines leichten Personalabbaus würden die Personalkosten steigen. „Mit weniger Geld mehr Aufgaben finanzieren. Das werden wir nicht hinkriegen“, so der Ministerpräsident. Er verwies darauf, dass Thüringen nach der Wende 450.000 junge Menschen an die alten Bundesländer als „Entwicklungshelfer“ verloren hat. Diese Wirtschaftsleistung fehle nun vor Ort. Ramelow plädierte für die Aufrechterhaltung des Solidaritätszuschlags als Strukturausgleichshebel, um unabhängig von West oder Ost strukturelle Nachteile aufzufangen. Er forderte deshalb eine große Finanzreform in Deutschland und deutlich mehr Unterstützung des Bundes bei den Flüchtlingskosten.

In der anschließenden Podiumsdiskussion machte Klaus Dauderstädt, Bundesvorsitzender des dbb, klar, dass es Aufgabe der Politik sei, zu entscheiden, was wichtiger sei: ein Orches-

ter oder die Polizei. Zudem müssten einzelne Aufgaben hinterfragt werden.
(04/40/15)

Mehr Mittel, zügige Verfahren – dbb rheinland-pfalz zur Flüchtlingskrise

(dbb) Mehr Personal und mehr Finanzmittel für den öffentlichen Dienst sowie zügige Verfahren - das sind die Forderungen des dbb rheinland-pfalz zur Bewältigung der mit dem Asylbewerberzustrom verbundenen organisatorischen und humanitären Aufgaben. „Angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ausnahmesituation muss schnell mehr Geld ins System, unter Umständen durch Aussetzen der sogenannten Schuldenbremse“, erklärte der Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz in einer EntschlieÙung vom 5. November 2015.

„Wir plädieren außerdem für einen ‚Bürokratie-TÜV‘, also den Abbau überflüssiger Regelungen sowie die Beschleunigung von Abläufen und Prozessen. Die eingesparten Mittel müssen dann auch schnell zweckgebunden für zusätzliches Personal eingesetzt werden“, heißt es weiter.

Mindestens 1.000 Beschäftigte fehlen derzeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen, den Sozialämtern, den Ausländerbehörden, den Gesundheitsämtern, in der Arbeitsverwaltung, im Bildungsbereich und bei der Polizei sowie in den Landesmittelbehörden und zum Beispiel im Justiz- sowie Justizvollzugsdienst, bei der Liegenschafts- und Bauverwaltung – Tendenz täglich steigend. „Der zusätzliche Personalbedarf ist durch intelligente, mittel- und langfristige Konzepte sicherzustellen. Bausteine dazu müssen forcierte Neueinstellungen, die Aufstockung der Zahl der Nachwuchskräfte, ein ausgeweitetes Angebot von Aus- und Fortbil-

dungsqualifizierungen und der verstärkte Einsatz von Kolleginnen/Kollegen im Ruhestand unter Aussetzung der geltenden versorgungsrechtlichen Einkommens-Anrechnungen sein“, so der Hauptvorstand. „Wir wollen eine deutliche Würdigung der Leistung des öffentlichen Personals und der ehrenamtlichen Helfer.“

Rheinland-Pfalz nimmt nach dem Königsteiner Schlüssel knapp 5 Prozent der nach Deutschland kommenden Asylbewerber auf. 2015 können laut Medienberichten 50.000 Personen und mehr für das Land zusammenkommen. „Der öffentliche Dienst ist kompetenter Garant für eine gelingende Aufnahme sicherheitsbedürftiger Menschen. Wir brauchen aber schnellstens die dafür nötigen Rahmenbedingungen“, so die Forderung des dbb rheinland-pfalz.
(05/40/15)

dbb berlin begrüÙt Pläne zur Besoldungsanpassung

(dbb) Der dbb berlin hat Pläne des Berliner Senats begrüÙt, die Beamtenbesoldung nachzubessern. Danach sollen das Tarifergebnis übernommen und zusätzlich 0,5 Prozent gewährt werden. Das hat Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen vor dem Landeshauptvorstand der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) im Oktober 2015 bekräftigt.

„Der dbb berlin begrüÙt diese Aussage des Finanzsenators, die sich mit Forderungen von Innensenator Frank Henkel deckt. Auch der dbb berlin hat die ursprüngliche Absicht, sich bei der Besoldungsanpassung in Berlin am Bundesdurchschnitt der anderen Bundesländer zu orientieren, mehrfach als unzureichend und nicht praktikabel zurückgewiesen und die Übernahme des Tarifergebnisses plus 0,5 Pro-

zent gefordert. Wir gehen nunmehr davon aus, dass dieser Vorschlag im Rahmen der Haushaltsberatungen durch das Parlament auch umgesetzt wird“, sagte der Landesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion berlin, Frank Becker, am 4. November 2015.
(06/40/15)

dbb mecklenburg-vorpommern kritisiert verfassungswidrige Altersgrenze

(dbb) Der dbb mecklenburg-vorpommern hält die geplante Änderung des Beamtengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern für verfassungswidrig. Das bekräftigte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht auf einer Anhörung vor dem Innenausschuss des Landtages am 5. November 2015 in Schwerin.

Eine Altersgrenze von 40 Jahren für die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit sei darüber hinaus nicht demografiegerecht. Das Land Mecklenburg-Vorpommern will die bisher in Verordnungen festgelegte Höchstaltersgrenze für die Berufung in das Beamtenverhältnis von 40 Jahren nun auch gesetzlich regeln, weil das Bundesverfassungsgericht im April 2015 festgestellt hat, dass die Festsetzung von Einstellungshöchstaltersgrenzen einer gesetzlichen Grundlage bedarf. Weiter räumt das Bundesverfassungsgericht dem Dienstherrn einen großen Gestaltungsspielraum ein. Es hat aber auch einen Maßstab für eine verfassungsgemäße Regelung vorgegeben, nach der die Höchstaltersgrenze rechnerisch bei 47 Jahren liegen müsste.

„Damit liegt der Gesetzentwurf des Landes sieben Jahre unter den rechtlichen Möglichkeiten. Mit Blick auf die Personalsituation im öffentlichen Dienst bringt sich das Land damit um wirkungsvollen Spielraum in der Personalsteuerung“, kritisierte Knecht. Erfahrene und engagierte Beamtinnen und Beamte fielen nicht vom Himmel, würden in Anbetracht stetig wachsender Aufgaben aber dringend gebraucht. Darüber hinaus spreche auch der auf 67 Jahre angehobene Eintritt in den Ruhestand für Beamte nicht gegen, sondern für eine höhere Einstellungsgrenze. „Ich bezweifle, dass der Gesetzentwurf noch verfassungsgemäß ist und halte eine Einstellungsgrenze wie seit Jahren vom dbb gefordert von mindestens 45 Jahren für praxisgerecht“, so Knecht. (07/40/15)

Flüchtlingspolitik: VBOB fordert Ende der politischen „Springprozession“

(dbb) Beschäftigte im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) brauchen Klarheit über den politischen Kurs. Das erklärte der Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) am 10. November 2015. Die Zahl der Entscheidungen sei im Oktober 2015 um 143 Prozent gestiegen. Die vom Bund beschlossenen Belastungszulagen wurden vom VBOB begrüßt.

VBOB-Bundesvorsitzender Hartwig Schmitt-Königsberg forderte ein Ende der „Springprozession“ in der deutschen Flüchtlingspolitik. Die Beschäftigten in der Bearbeitung von Asylanträgen brauchten einen klaren politischen Kurs und Rückendeckung für die Umsetzung des geltenden Rechts: „Was wir nicht brauchen sind ständig neue Vorschläge.“ Inwieweit die jüngsten Koalitionsbeschlüsse zu tragfähigen Lösungen in der Flüchtlingsproblematik beitragen, bleibe abzuwarten.

Die vom VBOB seit Jahren immer wieder geforderte und zunächst nur zögerlich bewilligte Personalverstärkung zeige inzwischen eine positive Wirkung. So habe das BAMF im Oktober 2015 über die Anträge von 31.580 Personen entschieden. Dies sei eine

Steigerung gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um fast 143 Prozent. Obwohl die vom VBOB frühzeitig geforderten und nun umgesetzten Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren greifen, sei der anhaltende Migrationsdruck auf Deutschland mit vorher nie gekannten Antragszahlen durch die erfolgten Personalsteigerungen alleine nicht zu bewältigen. Schmitt-Königsberg: „Es ist auch jetzt nicht möglich, die unrealistischen Erwartungen in Politik und Öffentlichkeit zu befriedigen. Rund eine Million Flüchtlinge sprengen für eine an Recht und Gesetz gebundene Bundesbehörde alle Möglichkeiten, die Verfahren wirksam, aber auch rechtssicher zu beschleunigen. ‚Husch-Husch-Verfahren‘ darf es in Deutschland nicht geben. Das ist mit dem Geist des Asylrechts nicht vereinbar“.

Der VBOB-Vorsitzende begrüßte die Entscheidung des Bundestages, im Siebten Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz für die Beschäftigten im BAMF eine spezielle Belastungszulage einzuführen. „Damit haben Parlament und Regierung mit den Stimmen der Großen Koalition die Forderungen des VBOB und von dessen Vertretern in den Personalräten aufgegriffen und zügig

umgesetzt“, so Schmitt-Königsberg. Dies sei ein wichtiges Signal an die Beschäftigten und eine Anerkennung für die von ihnen geleistete und noch zu leistende Arbeit. Die Grenzen der Belastungen der Kolleginnen und Kollegen seien nicht erreicht, sondern seit Monaten permanent überschritten. Die jetzige Situation dürfe kein Dauerzustand bleiben.
(08/40/15)

DPoIG hat „gedämpfte Erwartungen“ nach Kompromiss zur Flüchtlingskrise

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat nach dem Kompromiss der Regierungskoalition zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms nur gedämpfte Erwartungen. Der DPoIG- Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte am 6. November 2015 in Berlin: „Nachdem der tagelange Streit um Begrifflichkeiten endlich beendet ist, müssen die nun beschlossenen Registrierzentren schnell eingerichtet werden und den Praxistest bestehen. Das ändert jedoch nichts an der Zahl der ankommenden Flüchtlinge, aber auch nichts an einer extrem beanspruchten Bundespolizei, die mittlerweile an der deutsch-österreichischen Grenze über 500.000 Überstunden angehäuft hat. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind an der Grenze der Belastbarkeit angekommen. So kann es nicht weitergehen.“

Die Bundespolizistinnen und Bundespolizisten, die seit Wochen an der Grenze ihren Dienst versehen, müssten jetzt entlastet werden. Der Vorschlag, Bundeswehrkräfte für logistische Aufgaben einzusetzen, sei deshalb richtig und notwendig. „Das hat auch nichts mit einem – zurecht nicht erlaubten – Bundeswehreinsatz im Innern zu tun“, so Wendt.

Kräfte der Bundespolizei werden dringend auch zum Aufbau einer europäischen Grenzpolizei

benötigt, erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Chef der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter. Mit einer multinational zusammengesetzten Europäischen Grenzpolizei könnten die europäischen Vorgaben an den EU-Außengrenzen umgesetzt werden, ohne einzelne Staaten zu überfordern und mit ihren Problemen allein zu lassen oder zu stigmatisieren, so Walter.
(09/40/15)

DPhV bekennt sich uneingeschränkt zur Willkommenskultur

(dbb) Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, hat nachdrücklich dafür plädiert, sich den mit dem Flüchtlingszustrom verbundenen Herausforderungen aktiv zu stellen und sich an der damit verbundenen Debatte engagiert zu beteiligen – bei aller berechtigten Sorge darum, wie die Gesellschaft, wie die Schulen die Integration Hunderttausender Flüchtlinge und Flüchtlingskinder bewältigen können. „Wir müssen die in weiten Teilen der Gesellschaft vorbildlich praktizierte Willkommenskultur verbinden mit einer zukunftsorientierten Debatte über Chancen und Möglichkeiten, aber auch Grenzen und Probleme von Integration. Nur dann werden wir der uns gestellten Mammut-Aufgabe gerecht“, sagte Meidinger am 7. November 2015.

Umso wichtiger sei es, an diese Aufgabe sachorientiert heranzugehen und sich nicht von diffusen Befürchtungen und Emotionen leiten zu lassen. Zu Äußerungen in der Zeitschrift des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt erklärte Meidinger weiter: „Das Aufgreifen von unbegründeten Gerüchten in einer jetzt gesellschaft-

lich aufgeheizten Situation ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg, die vor unserer Gesellschaft und unseren Schulen liegenden Herausforderungen zu meistern. Ich halte deshalb all jene Passagen in dem von zahlreichen Medien, Politikern und Bürgern kritisierten Editorial der aktuellen Verbandszeitschrift des

Philologenverbands Sachsen-Anhalt weder für berechtigt noch für akzeptabel, in denen mit Hinweis auf Gespräche mit Bekannten unbestimmte Ängste vor sexuellen Belästigungen junger deutscher Mädchen durch muslimische Einwanderer thematisiert werden." Das Editorial der Zeitschrift war vom Verbandschef

Sachsen-Anhalt Jürgen Mannke und der Vize-Chefin Iris Seltmann-Kuke unterzeichnet. In dem Text wurde unter anderem gefragt, wie junge Mädchen vor Sex mit muslimischen Männern gewarnt werden könnten.
(10/40/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der dbb Chef **Klaus Dauderstädt** ist am 20. Oktober 2015 in Berlin mit der Spitze des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes (DGVB) unter Leitung des Bundesvorsitzenden **Walter Gietmann** zusammengetroffen. Gegenstand des Gesprächs waren vor allem die berufliche Situation und die Ausbildung der Gerichtsvollzieher. Angesichts immer komplexerer Aufgaben in der Zwangsvollstreckung fordert der DGVB eine (Fach-)Hochschulausbildung mit Bachelorabschluss. Ein entsprechendes Pilotprojekt in Baden-Württemberg, das zum 1. September 2016 startet, wird deshalb ausdrücklich unterstützt. Immer schwieriger wird die Nachwuchsgewinnung, weil die Anforderungen an den Beruf mit einer an die Laufbahnausbildung anschließenden weiteren in der Regel zweijährigen Ausbildung mit Abschlussprüfung nicht mehr mit der Einstufung in den mittleren Dienst übereinstimmen. Ausdrücklich begrüßte der dbb Bundesvorsitzende das jüngste Bekenntnis des DGBV zum Beamtenstatus des Gerichtsvollziehers und damit die Abkehr von früheren Plänen einer „Beleihung“. Dauderstädt dankte dem DGVB auch für die gute Zusammenarbeit und die Abstimmung in der Arbeitsgruppe Justiz, in der alle Justizgewerkschaften des dbb vertreten sind. Der dbb werde die Bemühungen um eine aufgabenadäquate Ausbildung und Einstufung unterstützen.

Vom 6. bis 8. November 2015 hat die dbb jugend ein Tarifseminar zur Vorbereitung auf die Einkommensrunde 2016 ausgerichtet. Viele junge Kolleginnen und Kollegen aus den unterschiedlichen Fach- und Landesjugendverbänden der dbb jugend waren der Einladung ins dbb forum berlin gefolgt. Die Bundesjugendleitung war mit **Sandra Kothe** und ihrem Stellvertreter Marco Karbach, der innerhalb der Bundesjugendleitung für den Tarifbereich zuständig ist, vertreten. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Ideenfindung und Aktionsplanung für die kommende Tarifrunde. Zum Abschluss dankte dbb-Vize Karbach den Teil-

nehmern für die vielen kreativen Ideen: „Wir werden versuchen, möglichst vieles davon umzusetzen, sodass die Jugend in der nahenden Einkommensrunde wieder gut sichtbar ihre berechtigten Forderungen auf die Straßen bringen kann.“

Im Rahmen der offiziellen Verbändeanhörung hat der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen jetzt gegenüber dem Innen- und Finanzministerium des Landes seine Stellungnahme zum Entwurf des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (DRModG NRW) abgegeben. Wie der **DBB NRW** am 5. November 2015 mitteilte, unterstütze er die Aussage von Finanz- und Innenminister, dass die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gewährleistet werden muss, um für die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin hochwertige Dienstleistungen zu erbringen. Letztlich reichten die in dem Entwurf in Aussicht gestellten Vorhaben nicht aus, um den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiv zu machen. Es bedürfe echter Verbesserungen im Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht in NRW. Diese fände man in dem vorliegenden Gesetzentwurf allerdings nur bedingt.

Gemeinsam mit dem dbb hat der Verband der Beamten der Bundeswehr (**VBB**) an einem Beteiligungsgespräch auf Einladung des Bundesministeriums des Innern (BMI) am 5. November 2015 in Berlin teilgenommen. Thema war eine attraktive Laufbahngestaltung und insbesondere eine Fortführung des Praxisaufstiegs. Dem Gespräch zugrunde lag zum einen die für das Jahr 2015 vorgesehene Überprüfung des Praxisaufstiegs und zum anderen die notwendige Änderung dieser Aufstiegsform, weil Richter ein „Zulassungsalter“ von 45 Jahren als rechtswidrig gesehen hatten. Der VBB machte deutlich: Wer attraktive Arbeitsplätze haben und Interesse für den Arbeitgeber Bundeswehr wecken will, muss Regelungen halten oder neu schaffen, die diesem Anspruch auch

gerecht werden. Dem kann durch die Durchlässigkeit der Laufbahnen Rechnung getragen werden. Nicht jeder Interessierte möchte die Möglichkeit des Ausbildungsaufstieges für sich nutzen oder kann aufgrund der persönlichen Lebensumstände an einem der neu eingerichteten Fernstudiengänge teilnehmen. Der Praxisaufstieg habe sich in der Vergangenheit im Verteidigungsressort bewährt, bot er doch gerade lebensälteren, leistungsstarken Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, nach erfolgter Ausbildung die Laufbahn zu wechseln. Deshalb trete der VBB für einen modifizierten Erhalt dieser Aufstiegsform ein.

Am 20. November 2015 findet die Herbsttagung des Deutschen Lehrertages 2015 in Dortmund statt, nachdem es bereits im Rahmen der diesjährigen Leipziger Buchmesse eine Frühjahrstagung gab. Die Herbsttagung, bundesweite Fortbildungsveranstaltung für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen, steht unter dem Motto „Gute Schule. Wie geht das?“, teilte der Verband Bildung und Erziehung (VBE) als Mitveranstalter mit. Der Hintergrund: Schulen stehen vor der Herausforderung, inklusives Lernen zu meistern und jedes Kind individuell zu fördern. Die Heterogenität in den Klassen hat gravierend zugenommen. Hinzu kommt die Beschulung der Flüchtlingskinder, die in großer Zahl in Deutschland sind. Den Hauptvortrag hält Prof. Dr. Rainer Winkel, Schulpädagoge und Gründungsrektor der Evangelischen Gesamtschule Gelsenkirchen. Sein Thema ist der Umgang mit schwierigen Schülern: „Täglich grüßen Wut und Burnout: Bewältigungsmöglichkeiten im Schulalltag“.

Eine teure Klassenfahrt von 15 Berliner Schülern nach New York hat bundesweit für Aufsehen gesorgt. Jobcenter hatten dafür 38.000 Euro an staatlichen Sozialleistungen bezahlt.

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, bezeichnete den Fall am 5. November 2015 im Gespräch mit dpa als „skandalös und auch für mich persönlich unvorstellbar“. Dass so viel Geld des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) der Bundesregierung bewilligt wurde, sei „eine Ohrfeige für alle Schulen, die sich bemühen, für sozial schlechter gestellte Eltern Austauschprogramme und Studienfahrten zu vernünftigen Preisen anzubieten“, so Meidinger. Er wertete dies auch als „Zeichen dafür, dass es bei der Verwendung der BuT-Mittel massive Fehlsteuerungen gibt.“ Meidinger forderte den Gesetzgeber auf, „penibel und intensiv zu prüfen, ob es nicht erheblich mehr Beispiele für falsche und unverhältnismäßige Mittelverwendung beim Teilhabepaket gibt“.

Scharfe Kritik an einer Imagekampagne, mit der die Westdeutsche Handwerkskammer um Nachwuchs wirbt, hat der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) geübt. Verbandsvorsitzender **Eugen Straubinger** stellte am 5. November 2015 fest: „Es ist fraglich, ob das Handwerk mit so einer Imagekampagne das Nachwuchsproblem löst. Gerade das Handwerk sollte doch wissen, dass der duale Partner Berufsschule maßgeblich zum Erfolg der Berufsausbildung beiträgt.“ Der Slogan der Werbekampagne lautete „Du willst ja nicht so werden wie Deine Lehrer“. Dazu Straubinger: „Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen sind wichtige Bezugspersonen, an denen sich die Heranwachsenden als Vorbild orientieren.“ Der Lehrerberuf sei in seinem Anforderungsprofil ein durch Engagement, hohen Einsatz, Gewissenhaftigkeit, Innovation und multidimensionale Kompetenzen ausgezeichneter Beruf.
(11/40/15)

Termin zum Vormerken:

57. dbb Jahrestagung 2016

„Alarmzeichen für die Demokratie – Politik contra Bürger?“

Köln, 10. bis 12. Januar 2016